

Harzer Volksstimme

(Halbviertel Tagesblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich festlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unfern Notizen und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstadt, Domplatz, Post-Bezirk G. m. b. H. Verantw. für Inhalt: Schriftf. Kurt Müllerbach, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Belag u. Inserate Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Einnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Geschäftsstelle Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 20.

Nr. 46

Dienstag, den 4. Februar 1931

5. Jahrgang

Der schwarze Tod.

Die Schweißer Grubenkatastrophe vor dem Landtage. — Die Sozialdemokratie fordert Aufklärung.

Berlin, 23. Februar. (Eig. Ber.)

Am preussischen Landtag, der am Montag wieder zusammentrat, widmete zunächst Präsident Bartels den Opfern der furchtbaren Grubenkatastrophe auf Schweißer-Rezerve bei Nachen einen Nachruf. Er sprach den Hinterbliebenen das tiefste Beileid des Landtages aus und teilte ihnen die Erwartung, daß die Urfräse des Unglücks festgestellt wird, um künftig durch vorzuziehenden Schutz die Bergarbeiterschaft vor solchen Unglücksfällen zu bewahren.

Handelsminister Dr. Schreiber schloß sich sofort dieser Beileidsbekundung des Präsidenten an. Die letzte Katastrophe beweise, wie weit man von dem Ziele eines sichern Bergarbeiterschutzes noch entfernt ist. Selbstverständlich werde die Regierung alles tun, um den Verletzten und Hinterbliebenen zu helfen. Nach den bisherigen amtlichen Ermittlungen sind 32 Bergleute getötet worden. Keiner ist verletzt, darunter zwei Schweißer. Die eigentliche Explosionsursache konnte noch nicht festgestellt werden. Vermutlich ist sie durch Sprengstoffe entstanden und durch Kohlenstaub fortgeplankt worden. Den Rettungsleuten sprach der Minister den Dank der Regierung aus.

Für die sozialdemokratische Fraktion brachte Abg. Otter-Bodum eine große Anfrage ein, die nach der Urfräse des Unglücks fragt, die die Regierung weiter darüber interpretiert, was sie zur Abwendung solcher Katastrophen zu tun gedenkt und ob sie bereit ist, eine Hilfsaktion für die Betroffenen in die Wege zu leiten.

Hierauf entwidmeten die Kommunisten eine wilde Geschäftsordnungsdebatte. Zunächst beantragten sie Abweisung der auf der Tagesordnung stehenden 2. Lesung des Berggesetzes und sofortige Besprechung der Hinterbliebenen. Als beschlossen wurde, diese Erklärung mit der Tagesordnung zu verbinden, beantragten sie Verschiebung der Debatte, die der Reichstag am 13. Stunden festgesetzt hat. Da sich alle Parteien einig waren, angefangen der Grubenkatastrophe die Redezeit zu verlängern, wurde sie durch Beschluß des Reichstages auf 1 1/2 Stunden festgesetzt.

Handelsminister Dr. Schreiber

Wies hierauf die von dem Abg. Sobotta (Komm.) gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück, daß er wiederholten Beschwerden über die Zustände auf der Unglücksgrube nicht nachgegangen sei. Es sei aber festgestellt worden, daß nur zwei Kommunisten Sprengstoffverstecke verortet haben und dafür bestraft worden sind. Selbstverständlich werde eine gründliche Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe erfolgen. Weiter habe die Kommission die Zeit der großen Grubenkatastrophen vorbei sei, gesteuert. Damit stehe die Bergverwaltung vor neuen Problemen. Unter Zustimmung der Kommission werde jedoch nichts unversucht gelassen, gefährliche Gasausbrüche rechtzeitig zu erkennen. Eretzfeuergefahr sei aber trotzdem ein Hindernis der Unfälle in dem Bergbau festzustellen.

Der Minister erwiderte dann die

Wischschlaflose im Bergbau.

Die Welttriebe hat sich auch auf die Kohlenförderung mengenmäßig ungünstig ausgewirkt. Der Abgang führte zu zahlreichen Entlassungen und zur Einlegung vieler Forderungen. Eine weitere Arbeitsverdrängung könne kaum noch in Frage kommen. Unerwartet sei dabei die nach immer sehr große Einfuhrquote von 6,9 Millionen Tonnen Kohle, die das nationale Selbstversorgungsproblem in besonderem Maße zeigt. Ganz besonders habe der niederländische Bergbau zu leiden, auf den die Staatsregierung ihr besonderes Augenmerk richtet. Ebenso ist der Metallbergbau durch die sinkenden Metallpreise in große Schwierigkeiten gekommen. Hier mit Subventionen zu helfen, sei jedoch für den Staat leichter zu tragen, als die großen Opfer einer gänzlichen Einstellung auf sich zu nehmen. Dagegen zeigt die Erdbildproduktion unter Beteiligung des Staates eine ständige Aufwärtsentwicklung. Der Minister schloß: „Hilfslos ist er ist der Ansicht, daß die Krise ihren tiefsten Punkt erreicht hat und daß es in diesem Jahre wieder aufwärts geht.“

Abg. Jakobus-Bladbeck (Soz.)

Wies sich als erster Debattierender sehr scharf gegen die Raubkammerhunde des Grubenkapitals. Er wies darauf hin, daß die jüngste Katastrophe bei dem Schweißer-Konzern sich nach dem großen Unglück von Aisbör, das zu demselben Unternehmen gehört, sich nur ereignen konnte, weil die Zechenverwaltung trotz der bestehenden Kritik noch immer an dem berückelnden Antreibersystem festhält. Ganz ähnlich liegen die Dinge im Ruhrgebiet. Sollte man an diesem System fest, müsse es auch dort zu Katastrophen kommen.

Rationalisierung, Entzerrung und Antreibersystem

Und die Faktoren, die immer wieder Opfer an Menschenleben fordern. Seit 1924 sind 400.000 Bergarbeiter entlassen, davon im letzten Jahre allein 90.000. Dafür hat man 20.000 junge Menschen aus dem Ofen eingeleitet, die ohne die Erfahrung der alten Bergarbeiter die Grubenfertigkeit gefährden müssen.



Nach der Katastrophe: Vor dem Schachtung der Unglücksgrube.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die schwierige Lage der Knappschaftsversicherung

ein, die zusammenbrechen muß, wenn nicht das Reich sühnd eingreift. Schließlich rechnete er noch scharf mit Kommunisten und Nationalsozialisten ab, die mit ihrer angeblichen Arbeiterfreundschaft dem Unternehmertum Zutriebenshilfe leisten. Am weiteren Verlauf der Debatte wandte sich Abg. Dr. von Wallburg (Dln.) gegen das Bestreben, durch einen Anschlag die Rentabilität der Bergunternehmungen nachprüfen zu lassen, gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit und warnte endlich vor „politischen Löhnen“. Ein Zentrumsredner setzte sich für eine internationale

Verständigung über Kohlenpreis, Arbeitszeit und Abfahrgelände ein, wobei er erklärte, daß die Lohnabbauphase nicht länger zu tragen sei.

Die Aussprache wird am Dienstag 12 Uhr fortgesetzt. Präsident Bartels machte außerdem dem Hause davon Mitteilung, daß

Abg. Dr. Deetberg (Dln.) sein Mandat niedergelegt hat. Dr. Deetberg ist also den Sozialisten seiner Fraktion zum Opfer gefallen, weil er aufrecht genug war, sich im Hauptauschuß mit aller Schärfe gegen das bestimmdende Kampfbild „gefesselte Luft“ zu wenden. Auch Abg. Kersch (Komm.) ist zurückgetreten. In seine Stelle tritt der frühere Abg. Stoll wieder in den Landtag ein.

Anträge im Reichstag.

Berlin, 23. Februar. (Eig. Draht.)

Zu Beginn der Reichstags-Sitzung am Montag gedachte der Reichstagspräsident Paul Hübner der Opfer des

Bergwerksunglücks auf der Seide Schweißer Rezerve bei Nachen. Das Haus hatte sich erhoben und hörte die Trauerkundgebung lautlos an. Die Kommunisten verlangten sofort in die Beratung eines Antrages einzutreten, die für die Hinterbliebenen 3 Millionen Reichsmark gewähren soll, also für jede Witwe rund 100.000 Mark.

Wie wenig ernst es den Kommunisten mit diesem Antrag war, zeigt die Tatsache, daß sie in der Sitzung des Reichstages, die unmittelbar vor der Plenarsitzung stattfand, ihren Antrag nicht erwähnten. Sie legten also keinen Wert darauf, daß die Angelegenheit ohne Schwierigkeiten über die parlamentarische Bühne ginge.

Abg. Müller-Braun (Soz.) machte darauf aufmerksam, daß nach der neuen Geschäftsordnung auch dieser Antrag eines Debatte auslösen würde, bedürfte und daher dem Haushaltsausschuß überweisen werden müßte. Das Haus beschloß entsprechend. Die Kommunisten hatten sich erst über die geschäftsordnungsmäßige Bemerkung des Sozialdemokraten Müller künstlich aufgeregt, zeigten aber eine Minute später, wie recht er hatte, denn sie brachten nun ihrerseits einen Debatteantrag ein. Sie schrieben den sozialdemokratischen Antrag auf Sonderbehandlung der großen Einkommen aus, was ebenfalls erledigt wurde. Dem Widerspruch dieser Antrag sofort ohne Debatte erledigt wurde. Dem Widerspruch auf die Tagesordnung gebracht werden konnte. Am Schluß der Sitzung wurde allerdings nicht Widerspruch dagegen erhoben, daß dieser Steuerantrag auf der morgigen Tagesordnung des Reichstages erscheint. Er wird dann zweifellos dem Haushaltsausschuß des Reichstages zur Beratung bei dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung überweisen werden.

Der Gesetzentwurf über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich u. der Republik Österreich über Sozialversicherung wurde dem Sozialpolitischen und dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Es handelt sich um Vereinbarungen zum Zweck des gegenseitigen Angehörigen auf den Gebieten der Krankenversicherung, der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung, der Altersversicherung und der Hinterbliebenenversicherung. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über den

Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsabkommen entwidmete sich eine längere Aussprache. In den langwierigen Beratungen zwischen beiden Regierungen hat Frankreich eine Er-

höhung der Einfuhrzölle für deutsche baumwollene Strumpfwaren durchgesetzt. Auf der anderen Seite gibt das Abkommen der deutschen Regierung das Recht, die Zölle für Hopfen, Trauben, Oris, Erbsen und andere Waren zu erhöhen. Die französische Regierung hat ferner für Reichswasser und andere deutsche Erzeugnisse einen Einfuhrkontingent zugestanden, das insbesondere für die süddeutschen Brennerereien von Vorteil sein wird. Der Kommunist Hörnie schien das Abkommen überhaupt nicht gelesen zu haben. Er sprach nämlich nicht zu dem Tagesordnungsgesamt, sondern hielt eine allgemeine Rede gegen die Zollpolitik und endete damit, daß die ganze Zollpolitik auf einen bemanneten Krieg gegen Sowjet-Rußland hinauslaufe.

Feu Abg. Toni Sender (Soz.)

äußerte sich für die Sozialdemokratie, daß das Zusatzabkommen eine Verschlechterung für einen Teil der sachlichen Textilindustrie bringe. So unvollkommen das Abkommen sei, so müsse doch gesagt werden, daß überhaupt kein Handelsvertrag zustande gekommen wäre, wenn man auf die Hilfe der Kommunisten gemartet hätte. Folgt man der negativen Handelspolitik der Kommunisten, so hätten wir in Deutschland noch 3 Millionen Erwerbslose mehr. Es sei ihnen jeden Handelsvertrag zu verdammen, denn manche dieser Verträge brähten auch Zollverabredungen. Nach einmal behauptete der Kommunist Hörnie unter Berufung auf Karl Marx, daß Handelsabkommen nur dem Volkswohl dienen. Toni Sender antwortete ihm, wenn das wahr wäre, sei nicht zu verstehen, warum auch die russische Regierung durch Abschluß von Handelsverträgen in diesem Jahre brennende Hilfe erhalte. Hätte Karl Marx solche kommunistische Rede erlebt, so würde er darauf geantwortet haben: „Du gleichst dem Geist, den du begriffst, nicht mir.“ Das Zusatzabkommen wurde zur weiteren Beratung dem Ausschuss überwiesen.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes zum

Ausbau der Angestellten-Versicherung.

Der Entwurf bringt eine Neugliederung der Selbstverwaltung und das direkte Wahlrecht für den Verwaltungsrat, eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Ein Fortschritt ist auch, daß schiedsgerichtliche Streitigkeiten in Zukunft die Mitbestimmung erhalten und die Altersrente eingeführt wird. Dagegen fehlt ganz eine Erhöhung der Renten. Der Gesetzentwurf ging an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Die Ernährungsfragen.

Der sozialdemokratische Abg. Schmidt-Köpenick erläuterte dann ausführlich Bericht über die Hausparlamentarier des Reichs-

ministerium für Ernährung und Landwirtschaft aus dem Haus-
auskunft. Er verstand es, in seine objektive Berichterstattung
mehrere interessante Einzelheiten einzuflechten. So zeigte er, daß
manches Geld, das die Reichsregierung zu billigem Zinsfuß an die
Landwirtschaft abgibt, bis zu 14 Proz. kostet, wenn es endlich an
den legitimen Empfänger kommt. Die Rotungsangehörigen
benutzen sich mehr und mehr, deutsche Butter zu verkaufen.
So ist es ihnen gelungen, den Anteil der deutschen Butter an dem
gesamten Buttermarkt der Reichsmarkete von 8. v. H. auf 14 v. H.
im Jahre 1930 zu steigern. Der Ankauf von Weizen habe sich
genommen der Regenbau dagegen abgenommen.

In welcher Art das Privatkapital das Reich auszunutzen ver-
sucht, folgt folgender Fall: Die reichsdeutsche Deutsche Landkultur-
G. kaufte zur Herstellung von Motoren eine deutsche Automobil-
fabrik. Ein Dr. Kann, der ein Aktienpaket von 60 000 Mark dieser
Fabrik im Besitz hatte, verfuhrte, es dem Reich für 160 000 Mark
anzubieten. Es wurde ihm freundlichweise die Tür gemie-
sen. Am Ausbruch ist darüber gefaßt worden, daß ein nationalso-
zialistischer Abgeordneter und Altregimentsführer in
einem Schloß wohnte, während seine Landarbeiter einseitig die
Grundbesitzer hätten. Ein nationalsozialistischer anderer Abge-
ordneter habe dies zugestanden, jedoch im Auftrag seines Par-
teigenossen Rittergutsbesitzer erklärt, die betreffenden Landarbeiter
wollten durchaus aus diesen Wohnungen nicht ausziehen.

Auf Vorschlag des Reichstagspräsidenten wurden dann die Be-
ratungen abgebrochen, weil das Reichskabinett noch über die
Agrarfrage berät. Am morgigen Dienstag wird die Aussprache
über den Ernährungshaushalt beghnen.

Die Agrarhilfe.

Das Programm der „Grünen Front“ angenommen?

Der Charakter der vom Kabinett beschlossenen neuen Agrar-
maßnahmen dürfte erst nach der heutigen Wiedervereinigung des Reichs-
nährungsministers Schiele im Reichstag klar zu erkennen sein.
Allem Anschein nach ist der zwischen Schiele und Siegerwald
bestehende Gegensatz zur Zeit einigermassen überbrückt worden. In
der Frage des Zulieferungsrechts ist die Einigungsformel, wie ver-
lautet, nur eine Ermächtigung an das Gesamtkabinett vor,
während der Reichsernährungsminister für sich eine Ermächtigung
gewährt hatte, nach Gutdünken die Zulieferung auf 100 Mark er-
höhen zu können. Von der Ermächtigung soll nur beim Vorliegen
zwingender Gründe Gebrauch gemacht werden. In eine Aus-
übung der Ermächtigung ist zunächst nicht gedacht. Bei der
Frage des Holzpreises soll eine Einigung auf folgender Grund-
lage zustandekommen sein: Ermächtigung zur Erhöhung des
Holzpreises mit der Maßgabe, daß bestehende handelsrechtliche Bindun-
gen davon nicht berührt werden dürfen. Solche Bindungen
bestehen in den Verträgen mit Schenken und Deterichs.

Das Agrarprogramm „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt, nach dem
ganzen Verlauf der Dinge könne ohne weiteres angenommen wer-
den, daß die in der Vorlage des Reichsernährungsministers ver-
tretenen Forderungen der „Grünen Front“ im Kabinett angenom-
men worden seien. Das deutet darauf hin, daß Schiele nicht an
einen Rücktritt denkt.

Die Draußen.

Wie kommen sie wieder hinein?

Der Vorkennerrat des Reichstages hielt am Montag
vor der Plenarsitzung eine Sitzung ab, an der auch der Vorsitzende
der deutschen nationalen Fraktion, Dr. Oberfahren, teilnahm. Dr.
Oberfahren beteiligte sich an den Debatten, berührte aber nicht die
Frage der Stellungnahme seiner Fraktion an den Plenarverhand-
lungen. Der nationalsozialistische Abg. Stöhr hat sich vor zwei
Tagen als Mitglied des Vorkennerrates anstelle seines fraktions-
kollegen Feder einzutreten lassen, nahm an der Sitzung des Vorken-
nerrates aber nicht teil.

Der Vorkennerrats beschloß sich ferner mit dem Erlaß des
Abg. Stöhr, die Diätenfrage der Nationalsozialistischen Partei
im Plenum in Abwesenheit dieser Partei zu verhandeln,
und dabei die 107 nationalsozialistischen Stimmen trotz ihrer Ab-
wesenheit als für die Diätenanträge abgegeben anzusehen und mit-
zuzählen. Der Vorkennerrats schloß sich der Meinung des Reichs-
tagspräsidenten an, daß die Mitgliedschaft abwesender Stimmen nicht
möglich sei und daß die Antragsteller selber dafür sorgen müßten,
daß ihre Anträge auf die Tagesordnung gesetzt würden. Es wurde
darauf hingewiesen, daß die jetzige Regelung der Diäten im
Plenum des Reichstages ohne jeden Widerspruch, auch der Nationalso-
zialisten, beschloßen sei. Es wurde weiter zum Ausdruck gebracht,
daß die Nationalsozialisten, als sie ihren Aussitz aus den Ver-
handlungen erklärten, verkündet hätten, daß sie in der Sache,
daß dieser Reichstag annehme, für rechtsverbindlich gehalten wür-
den, und es wurde als eigentümlich angesehen, daß die Nationalso-
zialisten das Verlangen stellen, daß der Reichstag von ihnen be-
trauete Gesetze annehmen solle, die sie selber
nicht als rechtsverbindlich betrachteten.

KPD-Betrieb morgen verboten.

Der Berliner Polizeipräsident

hat der sog. „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ der KPD,
mitgeteilt, daß er die von den Kommunisten für den 25. Februar
geplanten Umzüge und Versammlungen verbietet. Er betont, die
in den letzten Tagen vorgetommenen Überdrehungen und Gewalt-
tätigkeiten sowie die weitergehenden erkennbar gewordenen Absich-
ten hätten mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß die von der
KPD vorbereiteten Versammlungen unter freiem Himmel die
öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährden.

Verbot auch in Dresden.

Dresden, 23. Febr. (Sig. Draht). Wie das Presseamt des
Dresdener Polizeipräsidenten mitteilt, sind für die Zeit vom 24.
Februar bis 3. März alle Versammlungen unter freiem
Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden verboten. Das
Verbot der Kommunisten am Sonntag, eine Folgeerscheinung der
in der inzulässigen verboten. „Arbeiterstimme“ ergangenen Auf-
forderung zu Gewalttätigkeiten, und die sonstigen kommunistischen
Provokationen ließen befürchten, daß sich der sog. „Weltkampftag“
gegen Erwerbslosigkeit am 25. ds. Mts. zu einer unmittelbaren Ge-
fahr für die öffentliche Sicherheit ausmaßt.

Die kommende Reichspräsidentenwahl wirft ihren Schatten
vorwärts. Herr Braun hat in einer Rede von einem Volks-
begehren auf Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auf Lebens-
zeit gesprochen. Reichsanwalt Hermann Martin in Leipzig
schloß in einer Rede: „Deutschland erwache“ vor, die Amtszeit
Hindenburgs jenseit der Zeit ein die Verfassung überdes Reichs-
gesetz zur Vermeidung politischer Unruhen um drei Jahre zu ver-
längern.

Vom Nazitag in Braunschweig

Ein Vorgeschmack vom dritten Reich.



Zwei „Arbeiter“-Hilfer und Nazi-Franzen.

Am Sonntag fand in Braunschweig ein großer Hirtentum-
fest. Der Hirtentumfestische Obernast war persönlich anwesend.
Das Selbstbewußtsein der „rauen Männer“ äußerte sich in zahl-
reichen Gewalttaten gegen Andersdenkende. Die Hirtentum von den
Hakenkreuzern am Sonntag begangenen Verbrechen war am Mon-
tagabend einigermassen zu übersehen. Ein 23jähriger Arbeitsein-
wande wurde von den Nazis

mit brennenden Fackeln niedergeböhren
und schwer misshandelt. Seine Verletzungen sind lebensgefährlich.
Genau so war es bei einem Zimmergefallen, der beim Umzug einen
Zuruf machte. Ihm wurde von einem Hakenkreuzer
Schädel mit einem Stein eingeschlagen.

Wahrscheinlich wird der Schwerverletzte erblindet. Dem sei-
gen Kettentäter wurde zum Schutz seiner Wohnung von Franzosen
ein Polizeimann gestellt. In der Arbeiterstraße Rietzfeld kam
es zu einem regerhaften Geheiß zwischen provozierenden SA-
Leuten und Arbeitern.

Die Nazis schossen los,
wurden aber zurückgeschlagen und schafften drei Schwerverletzte
fort.

Ein ungeheurerlicher Vorfall, der die bekannte Affäre Franzosen
auf der Berliner Polizeiwache nach in den Schatten stellt, hat sich
am Sonntag in Braunschweig anlässlich der Nazitagung zuge-
tragen. Ein Oberwachmeister der Braunschweiger
Schutzpolizei wurde auf der Straße von zwei verlegten Män-
nern aufgefordert, die Namen von Hakenkreuzern fest-
zustellen, die die beiden ohne Grund überfallen und blutig ge-
schlagen hatten. Der Polizeibeamte kam, wie es seine Pflicht war,
dieser Aufforderung nach und begab sich vor das Bärenhotel, das
Hauptquartier der Nazi, wo Adolf Hitler abgewarten war. Hier
wurde er von einem SA-Führer mit den Worten angehalten:

„Die Polizei hat hier nichts zu sagen.“

Die SA griff dann ein und schlug erneut auf das un-
terlegende Publikum los. Der Wachmeister schloß die beiden
Verlegten, die sich unter seinem Schutz gestellt hatten und zog
dabei auch seinen Säbel, wurde aber gewaltsam daran gehindert,
seine Waffe zu gebrauchen. Jetzt erlösch

Hilfer selbst

in der Hotelkür und erklärte großspurig zu seinen SA-Leuten:
„Stellen Sie den Namen des Polizeibeamten
fest, alles Weitere wird sich finden.“ Der Polizei-
beamte ging darauf zur Schutzpolizeistation zurück. Dort erlosch
eine halbe Stunde später der Polizeiminister Franzosen persönlich
und

unterlag dem Polizeiwachmeister die weitere Ausübung des
Dienstes.

Zusammen ordnete Franzosen in seiner Eigenschaft als Polizeiminister
an, daß der betreffende Beamte die Kaserne nicht verlassen
dürfe.

Diese Anordnung blieb bis Montag in Kraft. Der Polizei-
minister Franzosen hat also einen Polizeibeamten, der nur gemäß
seiner Dienstvorschriften handelte, die weitere Dienstausübung un-
terstellt und hat damit die Ungehorsamkeit der SA, gegen die der
Polizeibeamte einschreiten mußte, bestätigt, und die schuldigen SA-
Beute der Bestrafung entzogen. Ein derartiges Verhalten dürfte in
Deutschland wohl einzig dastehen.

Höring in Braunschweig.

Braunschweig, 24. Febr. (Eß). Unter tieferer Beteiligung der
wertigsten Bevölkerung nahm Höring am Montagabend den
Appell über das Braunschweiger Reichsbanner ab. Anlässlich
sprach der Bundesführer in einer Kleinrentenrede, die wegen
Überfüllung teilweise abgeleert worden war. Zu Zusätz-
fällen ist es nicht gekommen.

Reichsbanner voran!



Bundesführer Kam. Höring

am Sonntag bei der Anprobe im Berliner Lustgarten, anlässlich
des 7. Gründungstages des Reichsbanners Schwarzwald.

Tirpitz' Nachfolger gestorben.

Admiral von Capelle.

Der ehemalige Staatssekretär des Reichsmarineamtes ist gestern im
Alter von 76 Jahren in Wiesbaden gestorben. Als Tirpitz wegen
der U-Boot-Frage im März 1916 zurückgetreten war, wurde Ca-
pelle sein Nachfolger. Unter der Regierung Michaelis unternahm
er im Oktober 1917 im Reichstag eine lebhafte Rede über
die Unabhängige Sozialdemokratie. Capelle blieb auch nach Mi-
chaelis noch bis zum Herbst im Amt. Seit seinem Eintritt am 7. Okt.
1918 lebte er als freier Mann in vornehmlichen Kurorten, bis er
am Montag von einem Herzschlag hingerichtet wurde.

Ein trauriges Jubiläum.

Die Unterdrückung Georgiens.

Am 25. Febr. feiert Moskau das zehnjährige Jubiläum seiner
Herrschaft in Georgien. Am 25. Februar 1921 sind die russischen
Sowjettruppen in Tiflis, in die Hauptstadt der freien, in blühender
friedlicher Entwicklung befindlichen, sozialdemokratisch regierten Re-
publik Georgien ohne Kriegserklärung unter schamlosem Ver-
tragsbruch eingedrungen und haben nach furchtbaren Schlägen das
ganze Land besetzt und zerschanden angetreten. Seitdem herrschen
in Georgien die Bolschewisten, die sich ausschließlich auf die russi-
schen Truppen stützen und die die georgischen Arbeiter und Bauern
unter dem bestialischsten Terror (Schmachten und verbluten lassen.
In diesen 10 Jahren haben sie mindestens 7000 hervor-
ragende Männer Georgiens vernichtet, und zwar vor
allem die Mitglieder und Führer der georgischen
Sozialdemokratie, die im Lande nach wie vor ungeheuren
Einfluß genießt und die für die Freiheit ihres Volkes gegen die rot-
maskierten Imperialisten selbstlos kämpft, wie sie auch in
vergangenen Jahrzehnten gegen den Zarismus ruhmvoll gekämpft
hat. Die internationale Sozialdemokratie hat die Vergewaltigung
des sozialistischen Georgiens von Anfang an mit stiller Zustimmung
wahrgenommen und den Kampf für seine Selbstbestimmung und
Freiheit für ihre Ehrenpflicht erklärt.

Gegen die Doppelverdiener.

Der Berliner Magistrat

hat zur Unterbrechung der Maßnahmen gegen die Arbeitsnot strikte
Durchführung der Vorschriften über die Nebenbeschäftigung der
Beamten gefordert. Keinem Beamten ist es gestattet, ohne
Genehmigung bezahlte Nebenbeschäftigung, auch nicht solche ge-
legentlich Art, anzunehmen. Noch viel weniger darf er ein Ge-
werbe betreiben oder in den Vorstand des Verwaltungs- oder Aus-
sichtsrats einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft eintreten. Auch
zum Geschäftsbetrieb der Ehefrau muß die Genehmigung ein-
geholt werden. Die Verwaltungen sind angewiesen, alle etwa noch
bestehenden Genehmigungen sofort zu widerrufen, wenn nicht ganz
zumindestens Gründe dem entgegenstehen.

Der Rüstungswahn.

Englische Besprechungen in Paris.

Paris, 24. Febr. (Eß). Die überraschende Ankunft des eng-
lischen Außenministers Henderson und des ersten Lords der
Admiralität Alexander in Paris, beide hatten am Montag
eine dreitägige Konferenz mit Briand und dem französischen
Marineminister — hat in der Pariser Presse sensationell herorge-
rufen. Zum ersten Male ist der Scheiter gezeichnet worden, den
die französische Diplomatie bisher über die englisch-französisch-italien-
schen Flotten-Kompromiß-Verhandlungen zu werfen sich bemüht
hatte.

Wie die Presse mitteilt, dürften die Verhandlungen zur Fertig-
stellung eines Kompromisses, wenigstens zwischen Frankreich und
England, noch im Laufe des Dienstag zu Ende geführt werden.
Nur noch einige technische Hindernisse seien zu beseitigen. Die
Engländer bemühen sich — so meidet das „Echo de Paris“ — die
herabgeschraubt worden seien, noch weiter auf 620 000 Tonnen zu
vermindern. Außerdem protestierten sie gegen den Bau eines
französischen Panzerkreuzers von 23 000 Tonnen, der dazu be-
stimmt sei, den deutschen Panzerkreuzer „Preußen“ zu überreffen.
Was die englischen Gegenleistungen für die französischen Zuge-
bändnisse angeht, so geht der „Reit Parisien“ offenbar, daß sie
auf dem Gebiet der Rüstungen für das Land eher zu haben
seien. Schon Lord Robert Cecil habe auf der vorbereitenden Ab-
stimmungstrennung des Völkerverbundes einige Compromisse für die
französische Ehele geäußert. Jetzt aber seien die Engländer bereit,
„ernstliche Gegenleistungen auf anderen Gebieten der Abrüstung
und auf dem der allgemeinen Politik zu geben“.

Das Reichskabinett schloß am Montag abend unter dem Vorsitz
des Reichstanzlers keine agrar- und wirtschaftspolitischen Erörte-
rungen ab. Die gestrigen Beschlüsse mit Reichsminister Dr. Schiele
in seiner Rede zum Haushalt des Reichsministeriums für Er-
nährung und Landwirtschaft verteilte.

Die revolutionäre Situation in Peru ist infolge der scharfen
Zensur nicht zu übersehen. Inoffizielle Berichte behaupten, daß
der gelamte Säulen des Landes in den Gefährungen der Regierung die Auf-
sticht, während sich nach den Gefährungen der Regierung des pro-
fessionellen Beamten des Generals Cerro ergitt umfangreiche mili-
täre Maßnahmen gegen die aufständische Garnison, die mit Hilfe
meutenden Kriegsschiffe aus dem nahe gelegenen Seeboden
Mollendo befehligt. Die übrige südliche Garnison ist wider Er-
wartungen der Aufständischen ansehnlich regierungstreuer geblieben.

Neue Zunahme der ökonomischen Arbeitslosigkeit. Mitte Fe-
bruar wurden in Oesterreich 839 988 untertätige Arbeitskräfte ge-
zählt. Im Vergleich zur letzten Zählung am 31. Januar 1931 ergibt sich
eine Zunahme von rund 5700 Personen.

Deutschlands Beitrag zum Völkerverbund. Nach der nimmere-
vorgehenden Mitteilung des Völkerverbundsekretariats befreit sich der auf
das Reich entfallende Völkerverbundbeitrag für 1931 auf 2 004 600
Mark.

Die Reichsregierung fordert Preisabbau!

Senkung der Wurst-, Speck- sowie Fettpreise:

Rotwurst, sehr gut i. Geschmack Pfd. Mk. **0.75** | **Bratwurst**, ganz vorzüglich . Pfd. Mk. **1.02** | **Rippenspeck**, gut geräuchert Pfd. Mk. **1.15**
Leberwurst, gute Qualität . Pfd. Mk. **0.75** | **Fett-Speck**, dicke deutsche Ware Pfd. Mk. **0.85** | **Deutsches Schmalz** . Pfd. Mk. **0.59**
Ferner der radikal herabgesetzte Brotpreis: Bäckerbrot, 3 Pfund schwer, 60% ausgem. Stück Mark **0.44**
10 000 Dosen Schnitzellachs 1 Pfund-Dose Mark **0.60**

Konserven-Thomas, Martiniplan 22 das Haus der billigen Preise.

Sonntag abend 9 1/2 Uhr entließ sich nach langem, qualvollem und mit Gehnütz erregtem Weiden mein innigstgeliebter Mann, mein stets freudiger Vater, Bruder, Schwager, Schwägerjunge und Onkel

Hermann Ebel

im Alter von 62 Jahren. Dies zeigen tiefbetäubt an:

Halberstadt, den 28. Februar 1931.

Geduldigste
Hedwig Ebel geb. Böse
Hermann Ebel.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Friedhofskapelle aus, statt.

Samstag früh entließ sich plötzlich und unerwartet mein lieber, unvergesslicher Mann, Bruder, Schwägerjunge, Schwager und Onkel, der Kreutzengastwirt **Robert Böttel** im 46. Lebensjahre.
 Halberstadt, den 26. Februar 1931.
 In tiefer Trauer:
Erna Böttel
 geb. Stunk
 nebst allen Angehörigen.
 Beerdigung Mittwochs nachm. 4 Uhr von der RDM-Friedhofskapelle aus, Kranzpenden (Friedhofstr. 40) (Sonntag) evb.

Suche 4000 Mk. als Hypothek auf mein Grundstück. Nur vom Selbstgeber. Werte Angebote unter E. 200 erbeten.
Maria Salbe vom **Kats-Apothek**

Zuppeljacketen extra gut angefertigt, billig.
H. Dehauer, Städtische Str. 8.

NUR NOCH 3 TAGE !! und dann kommt das **Lustige und Heister** was Sie jemals gesehen haben, sei es im Theater oder Film. Es ist der 1. **Militärschwank** aus der Vorkriegszeit **„3 Tage Mittelarrest“**. Die größten und besten deutschen Komiker wirken mit: **Fritz Schulz, Felix Bressart, Max Adalbert, Ida Wüst, Lucie Englisch, Paul Hörbiger, Hermann Schaufuß u. a.** Reservieren Sie sich schon heute einen Tag zur Besichtigung dieses Militärschwanks. Die Auführungen beginnen am Freitag im **Lichtschauspielhaus!**

Montag früh 7 Uhr entließ sich ganz unerwartet meine liebe, bergensgute Frau und Mutter, Schwägermutter, Schwägerin, Schwägerin und Tante **Henriette Grüber** im 80. Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetäubt an:
Wilhelm Grüber und Kinder.
 Die Beerdigung findet Donnerstag 11 Uhr statt.
 Einige Kranzpenden (Göddenstr. 21)

Stadt-Theater
 Dienstag, den 24. Februar, 20—22 1/2 Uhr:
„No, no, Nanette!“
 Operette von Youmans (0.50—5.00)
 Mittwoch, den 25. Februar, 20 bis nach 23 1/2 Uhr:
 Vorläufig letzte Abendaufführung **„Die Fledermaus“**
 Operette von Joh. Strauß
 Neubearbeitung von Reinhardt und Korngold (0.80—5.00).

Morgen Kinder Mittwoch

Kinder-Hosen	1.00 Mk.
Knaben-Hosen, blau u. farbig	1.50 Mk.
Manchester-Leibch.-Hosen	2.00 Mk.
Leibch.-Hosen, besonders stark	2.25 Mk.
Manchester-Knaben-Hosen	3.50 Mk.
Velvet-Hosen mit doppeltem Gesäß	4.00 Mk.
Kleider-Mäntel, warm gefüttert, Größe 00, 0, 1	5.00 Mk.
Strickanzüge, Größe 0, 1	5.00 Mk.
Pullover, Größe 85	2.00 Mk.
Lumberjacks, m. Reißverschl.	4.50 Mk.
Kinder-Anzüge, hochgeschl.	6.00 Mk.
Kinderbocker für Knaben	5.50 Mk.
Kinder-Mäntel, warm gefüttert	8.00 Mk.
Knaben-Joppen, warm gefüttert	8.00 Mk.
Manchester-Anzüge, Gr. 1, 2, 3	8.00 Mk.
Elegante Kinder-Anzüge	10.00 Mk.
Impr. Windjackets, angebräutes Futter, Größe 7	8.00 Mk.
Echt Kieler-Anzüge, Sport-Anzüge, Knaben-Ülster, Lumberjacks usw.	

Verkauf nur an Verbraucher sowie Verrat!

F. C. „Burgund 09“, Halberstadt
 Am Sonntag, den 1. März, abends 7 Uhr findet in Rathburg Gesellschaftshaus unser diesjähriger **Masken-Ball** unter Mitwirkung, des Turn- und Sportvereins „Freiheit“ mit seiner Ballet-Revue, statt.
Herzlich dekoriertes Saal
Verstärkte Kapelle
Humor, Stimmung, Lachen ohne Ende!
 Eintrittskarten im Vorverkauf sowie an der Kasse für Zuschauer 0.70 Mk., Masken 0.80 Mk. — Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen. Karten im Vorverkauf sind bei den Funktionären des Vereins erhältlich.

Gesangsverein Sängerbund
Nachruf.
 Am 22. d. Mts. verstarb nach langem, schwerer Krankheit unser Ehrenmitglied, der Gesangsbruder **Joseph Böschl**.
 Lange Jahre hat er dem „Sängerbund“ sowie dem D. V. S. B. die Treue gehalten. Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.
Der Vorstand.
 Die Beerdigung findet Freitag am Mittwoch nachmittags um 3.30 Uhr vollständig am Friedhof.

Zwangsversteigerung.
 Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die im Grundbuch von Langenstein, Band 1, Blatt Nr. 13 eingetragenen, nachfolgend beschriebenen Grundstücke am **7. April 1931, vormittags 9 Uhr** an der Gerichtsstelle, Richard-Wagnerstraße 52, Zimmer Nr. 8, versteigert werden.
 Nr. 1. Gemarkung Langenstein, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Wohnhaus mit Hofraum und Ouegartern, Scheune, Einfeld, in der Flur Nr. 12, Gebäudesteuerreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 2. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 3. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 4. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 5. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 6. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 7. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 8. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 9. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Nr. 10. Gemarkung Langenstein, Flur Nr. 1, Parzelle Nr. 152, Grundbesitzmatrikelle Artikel 51, Gebäudesteuerrolle Nr. 143, Acker in den Drahtentpfern Nr. 74, Größe 1 ha, 68 a, 21 qm, Grundbesitzreinertrag 11,95 Taler.
 Der Versteigerungsgegenstand ist am 8. Januar 1931 in das Grundbuch eingetragen.
 Als Eigentümer war damals der Landwirt **Heinrich Wacker** in Langenstein eingetragen.
 Halberstadt, den 18. Februar 1931.
Zur Amtsgeschichte.

Bekleidungs-Gesellschaft
 über der „EPA“
 und der **„Wahre Jacob“**
 erscheint 14-tägig (Freitags) zum Preise von nur 30 Pf. Bestellungen sind an unsere Zeitungsführerinnen zu richten

Osterwlock.
Rauf in der
Fleisch-Eintaufs-Zentrale
der freien Gewerkschaften
N. Stüßer, Stierfried, Neudorfstraße.
 Unsere Preise:
 Schweinefleisch, Gehacktes u. frische Würstl Pfd. 0.95 Mk.
 Bratwurst 1.20
 Schinkenwurst 1.15
 Gekochter Schinken 1.30
 Rindfleisch Suppenfleisch 1.10
 Schmorfleisch 1.20
 Schreier 1.30
 Alle Quantitäten, Einzel- u. Ganzzüge bitten wir, die Preislisten in den der Eins- und Verkauf und die Preisgestaltung der Kontrolle der Gewerkschaften unterliegt, zu unterziehen. Die Lieferung von einzeln gefrier- und schmelzbarer Ware wird garantiert.

S. P. D., Ortsgruppe Halberstadt
Nachruf.
 Am 22. Februar verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Vereisgenosse, der Handhakenmacher **Joseph Böschl**.
 Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Der Vorstand.
 Beerdigung: Mittwoch, 15 1/2 Uhr.

Zwangsversteigerung.
 Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im Grundbuch von Halberstadt, Band 35, Blatt Nr. 1542 eingetragene, nachfolgend beschriebene Grundstück, Blatt Nr. 10 am **21. April 1931, vormittags 10 Uhr** an der Gerichtsstelle, Richard-Wagnerstraße 52, Zimmer Nr. 8, versteigert werden.
 Nr. 1. Gemarkung Halberstadt, Flur Nr. 45, Parzelle Nr. 140, Grundbesitzmatrikelle Artikel 1819, Gebäudesteuerrolle Nr. 1665, Wohnhaus Kaufstraße 10 mit Hofraum, Größe 2 a, 87 qm, Grundbesitzreinertrag 1790 Taler.
 Der Versteigerungsgegenstand ist am 28. April 1930 in das Grundbuch eingetragen.
 Als Eigentümer war damals der Hofbesitzer **Hermann Böschl** in Halberstadt eingetragen.
 Halberstadt, den 18. Februar 1931.
Das Amtsgericht.

Volkfürsorge
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
Hamburg 5.
Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands
 Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RM. Versicherungssumme, 125 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: Prämienreserve über 85 Millionen RM. Gewinnanteile: über 20 Millionen RM. zusammen über 105 Millionen RM.
Versicherungsleistungen über 11 Millionen RM. seit November 1928 (Ende der Inflation).
 Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen:
Halleburg, Hafenstraße 15b
Quedlinburg, Klopstockweg 46-48 oder der Vorstand der Volkfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 87/61.

Kaiserhof-Betriebe Quedlinburg
 Kleinkunstbühne — Täglich 20 Uhr — Eintritt frei
 Aufführung stimmungsvoller Konsträfte
 Mittwoch und Sonntag nachm. Vorstellung 10 Uhr

Heim-Existenz
 mit gutem Dazun-Verdienst, finden fleißige Personen, mit nur geringen Anfangsmitteln, das ganze Jahr hindurch. Zeitschriften nicht erforderlich. Bekommen Sie sofort kostenlosen Prospekt.
„Prospekt“ gratis anfordern, Berlin-Grünental 216, Humboldstraße Nr. 29

Zwangsversteigerung.
 Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die im Grundbuch von Dingelstedt, Band 17, Blatt Nr. 748 eingetragenen, nachfolgend beschriebenen Grundstücke am **21. April 1931, vormittags 9 Uhr** an der Gerichtsstelle, Richard-Wagnerstr. 52, Zimmer Nr. 8 versteigert werden.
 Nr. 1. Gemarkung Dingelstedt, Flur Nr. 5, Parzelle Nr. 211/2, Grundbesitzmatrikelle Artikel 219, Gebäudesteuerrolle Nr. 353, Wohnhaus Odenhof Nr. 174, Größe 1 a, 10 qm, Grundbesitzreinertrag 380 Taler.
 Nr. 2. Gemarkung Dingelstedt, Flur Nr. 5, Parzelle Nr. 228/2, Grundbesitzmatrikelle Artikel 219, Hofraum, Größe 69 qm.
 Der Versteigerungsgegenstand ist am 17. Januar 1931 in das Grundbuch eingetragen.
 Als Eigentümer war damals der Kaufmann **Walter Summ** in Dingelstedt eingetragen.
 Halberstadt, den 18. Februar 1931.
Das Amtsgericht.

Wernigerode
Bekanntmachung.
 Die Bekanntmachung der Polizeiverwaltung Wernigerode vom 24. 1. 1931 wird dahin geändert, daß mit Wirkung vom 28. Februar d. J. ab öffentliche Versammlungen wieder abgehalten werden dürfen. Veranlassungen unter freier Himmel und längige im Polizeibereich Wernigerode bleiben bis auf weiteres verboten.
 Wernigerode, den 23. Februar 1931.
 Die Polizeiverwaltung, Dr. Coppel

Jeder Wähler
 ist ein interessent für kürzestes Jahrbuch **Deutscher Reichstag 1930**
 enthaltend reichhaltiges statistisches Material über die Zusammensetzung der Fraktionen
Alle Abgeordneten
 sind darin abgebildet und über ihren Werdegang wird kurz berichtet.
Dreis nur 1.25 Mk.
Volkbuchhandlung
Halberstädter Tageblatt

Kirchliche Nachrichten.
 Christliche, Mittwoch, den 25. Februar 1931, 8 Uhr abends **Waffenspende**. Pastor Freyemann, Hinführend Abendmahlfeier.
Emalte
Roßhufe, Schmelze, Neuerfeimungen
 des Bismarckes können besorgt werden durch **W. Steigerwald**
 Wilh. Witte, Hinderstraße 20, Buralstraße 30.
Partei-Literatur jeder Art
 zu haben in der **Volkbuchhandlung Burgstraße 30**

WERNIGERODE

Belagerungszustand teilweise aufgehoben.

Die Polizeiverordnung hat den am 24. Januar infolge der Kurhausvorläufe, am 15. Januar verkündeten, kleinen „Belagerungszustand“ von Wernigerode mit dem 26. Februar teilweise wieder aufgehoben. Versammlungen unter freiem Himmel und Lärmzüge bleiben auch weiterhin verboten. Dagegen können öffentliche Versammlungen nunmehr in Sälen stattfinden.

Die Parteien Wernigeroder Kreise war den 22. Februar in überlängten, künftige Gremien hier sich abhalten. Geschäftsfreien am Sonntag zu unternehmen, da sie befürchteten, infolge des ausbrechenden „Bürgerkriegs“ lebend nicht mehr die Heimat zu sehen. Andere hätten sich im Laufe der letzten Woche schon ins Ausland in Sicherheit begeben. An anderer Stelle hat man in Wernigerode tödliche Mordanschläge auf die Schaufener mit Elendigkeiten verurteilt. Und als am Sonntag nichts aber auch gar nichts der befürchteten Dinge eingetreten war, hatte man nur den Spott der „Lieben“ Freunde über sich ergehen zu lassen.

Die Partei „Marxisten“ hat am Sonntag das Reichsbanner in harter Gasse im Gemeindefesthaus angetreten lassen. Der kleine Belagerungszustand ließ es nicht zu, in Wernigerode selbst eine Demonstration aufzuführen. Deshalb zog alles nach Gernrode hinaus in aufgesetzter Marschordnung zur Stadt hinaus. Hier sammelten sich die Teilnehmer unter den Klängen der Reichsbannerkapelle und marschierten im geschlossenen Zuge nach Ilberburg. Am „Geldplatz“ erwartete den endlosen Zug die geladene Gendarmerie des Kreises. An der Stadtecke hatten sich die Republikaner Ilberburgs aufgestellt und unter den heißen Klängen des Wernigeroder Spielertorps setzte sich der Zug erneut in Bewegung. Auf dem Marktplatz hatten sich Hunderte von Menschen angestellt, welche den Worten des Kom. Goede lauschten, der in feierlichen Klängen den Gegnern der Republik sagte, daß auch in der Grafschaft Wernigerode es nicht so leicht sein dürfte, das „dritte“ Reich zu errichten. Die vereinigten Jungfronten von kommunistischer Seite waren bald zum Schweigen gebracht. Die Nazis hielten sich im respektvollen Hintergrund.

Geheißinteresse und Talsperre.

Man sollte nicht glauben, daß auch Projekte wie die zu erbauende Talsperre von gewissen Kreisen für geschäftlichen Zwecken ausgenutzt wird. Diese Interessenten hatte Stadtrat Rätzke am Donnerstag zu einer Besprechung ins „Geldplatz Haus“ eingeladen. Dem Rätzke waren Grundbesitzerinteressen im Mittelpunkt, einige Geschäftsleute, die mit Mühlenerzeugnissen handeln, und auch andere, die solche verarbeiten, gefolgt. Auch waren „Mühlereigentümer“, die bei allen Veranlassungen, bei denen gegen die Interessen der Stadt gearbeitet wird, gekommen. An unserer Donnerstagssitzung ist kritisch zu dem Ratifizieren der Talsperre Stellung genommen worden, wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen. In einer neueren Einberufung nimmt Herr Rätzke auf diese Ausführungen Stellung und bringt sich mit seinen Sachkenntnissen in empfehlende Erinnerung. Uns heißt der Rat, um den Interessen die Möglichkeit zu geben, in ausgedehnten Ausstellungen sich über das Für und Wider des Talsperrenbaues auseinanderzusetzen. Wir werden gelegentlich über den weiteren Stand des Talsperrenbaues berichten, glauben aber, daß nunmehr bald der Zeitpunkt gekommen sein muß, um an die Bewirtung der schon zwei Jahrzehnte währenden Projektentwürfe zu gehen.

Ausbildung der Strafvollzugsbeamten.

Die Personalordnung für den oberen Strafvollzugsdienst sieht die Ausbildung der Beamten, für den Strafvollzugsdienst bei Polizeibehörden und Wappschützenämtern vor. Bei der großen Bedeutung einer guten Zusammenarbeit

zwischen Strafvollzugsbehörden, Polizei- und Wappschützenämtern hat der Preussische Innenminister die Polizeiverwalter ersucht, bei dieser Ausbildung in jeder Weise mitzugreifen und den Gemeindebehörden empfohlen, dies ebenfalls zu tun.

Aus Halberstadt

„Intelligenz“-Verrücktheiten.

So lange die „Halberstädter Zeitung“ noch aus der Gärtnerei des Jüngerberg-Konzerns gepreßt wurde, war es schon schlimm. Nachdem sich das edle Papier aber nun ganz der Raschke verschrieben hat, und im Sinne des Herrn Geisler jeder redigiert wird, ist auch der letzte Rest politischer Bernunft und Anstand hier verloren gegangen. Der schöne Titel „Intelligenzblatt“ allein macht es wahrscheinlich. Was dort gestern abend unter der Überschrift „Knechte des Kapitals“ herabgepöbel wird, hat mit Intelligenz nicht das Geringste mehr zu tun. Die „Knechte des Kapitals“ sind natürlich die Sozialdemokraten. Wie? Die Sozialdemokratie trete dafür ein, daß vom Auslande Anleihen aufgenommen würden, wobei Zinsen gezahlt würden. Diese Zinsen müßten bezahlt werden und das deutsche Geld ginge ins Ausland. Daher bitte denn ganz naturgemäß die Arbeiterbewegung die Unterstützung des internationalen Kapitalismus. Wie man sieht, hat die „Intelligenz“ bereits die „Tribüne“ übertrumpft. Sie stellt weiter fest, daß die „147“ Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie (von denen es bisher nur 143 bekannt sind) nach ihrer Berufszugehörigkeit keine Arbeiter sind. Arbeiter sind bekanntlich nur die ausgetriebenen Kapitalbesitzer und Generalabwärts. Wie sehr die Sozialdemokratie ausgeprägter Kapitalist ist, ginge nur allem aus daraus hervor, daß sie durch die Dameplan die Finanzkraft des Auslandes über uns überhaupt erst ermöglicht hat. Und so weiter mit Grazie.

Was soll man zu all dem Verstumeln sagen? Wenn man die feinerzogene Annahme des Dameplans für die Ursache aller Unglücks hält, dann muß man sich nicht an die Sozialdemokratie, sondern an die Deutschnationalen halten. Diese haben bekanntlich damals Dameplan erst zur Annahme verholfen. Ohne Deutsch-

nationale gäbe es heute weder einen Dames, noch einen Dameplan. Das sollte sich doch inzwischen auch bei der „Intelligenz“ herumgesprochen haben.

Daß die Arbeitslosigkeit von den ausländischen Anleihen kommt, ist uns nicht weniger sicherhaft. Durch die Auslandsanleihen sind Arbeiter beschäftigt. Wenn die Auslandsanleihen also einen Erfolg gehabt haben, dann den, Arbeit zu schaffen. Die heutige Arbeitslosigkeit rührt doch bekanntlich daher, daß wir in Deutschland nicht Geld genug besitzen, um unsere Arbeiter beschäftigen zu können. Erst seit dem Herr Schacht die zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit notwendigen Auslandsanleihen abgebrochen und unmöglich gemacht hat, liegen denn in Deutschland die Millionen Hände still.

Es ist eine löbliche Arbeit, wenn man auf der einen Seite behauptet, daß durch die ungesegneten Damesplanforderungen der Arbeiter der Kapitalismus ruiniert wird, und auf der anderen Seite die gleiche sozialistische Bewegung der Arbeiterschaft als „Knecht des Kapitals“ beschimpft wird.

Uns lassen solche Angriffe kalt. Wir wollen an diesem Beispiel nur zeigen, wie schlecht es mit unseren Gegnern stehen muß, wenn sie solche Argumente anwenden müssen, um die Sozialdemokratie madig zu machen. Und die bündnisse Bekämpfung daß das deutsche Reichsbanner an der Trümmern des Staatskapitalismus in Rußland und Australien keine Falsche wehen läßt, kennzeichnet die ganze Ketzerei unserer Gegner.

Wie soll es aber werden, wenn die Sonne zum Durchbruch kommt und wenn es erst heiß wird?

Tannhäuser-Aufführung im Stadtkeller.

Es wird nochmals auf die „Tannhäuser“-Vorstellung am Sonntag, 1. März, 18 Uhr hingewiesen, die in der Bekämpfung der Festaufführung stattfinden: Tannhäuser — Kammeränger Wili Ritz, Leipzig, Landgraf — Kammeränger Rudolf Solfkraft, Dessau, Elfenlieb — Annelies Noerig, Wolfram — Kurt Brind. Die Vorstellung ist zu ermäßigten Preisen (0,50—5,00 RM) und bietet somit Gelegenheit, sich die Oper zu erschwinglichen Preisen anzusehen. Ende: 2 1/2 Uhr, so daß Auswärtsige bestimmt die Mühseligkeiten erreichen.

Tom Postl wird uns mitgeteilt,

daß die Zahlung von Mitarbeitervergütungsbüchlein am 26. Febr. und die der Sozialisten am 28. Februar, in der Herberge zur Heimat stattfinden.

Warnung vor einer Schwindelei.

Bei einer hiesigen Matinee erschien die Tante Eva von 45—50 Jahren, die äußerst gewandt auftrat. Sie war circa 1,68 m groß, hatte schwarzes Haar, trug keinen schwarzen Hut, ein braunes Kostüm mit braunem Pelzbesatz und hatte in der Hand eine mildebräunliche Handtasche und ein Stulbfächerchen. Sie erzählte dem Publikum, daß sie Gekochter in der Nähe des wohnenden Pensionärs in 1. Etage. Die Matinee möchte doch zu der Frau einmal kommen. Ganz unermittelt gab die Besucherin dann nach einigem Suchen an, daß sie ihre Geldbörse mit 25 M verloren habe, sie sollte doch Befragungen machen, ob ihr die Matinee nicht ein paar Mark geben könnte. Die Frau erhielt auch 3 M Gebote. Als die Matinee sich bei der Pensionärsinhaberin erkundigte, stellte sie fest, daß sie einer Schwindelein ins Garm gegangen war. Es sei vor ihr gewarnt.

Wem gehört das Fahrrad?

Gestern gegen 19 Uhr wurde einem Radfahrer auf dem Fischmarkt von einem jungen Mann ein Fahrrad übergeben. Der junge Mann erklärte dem Beamten, daß ihm vor dem Bahnhofsgebäude ein Mann das Rad gegeben hätte, damit er darauf Obacht gebe, während er im Bahnhofsgebäude kurze Zeit zu tun hätte. Der junge Mann wartete mit seinem Fahrrad eine Stunde und noch länger und dann endlich er, sich in die Stadt damit zu gehen und es einem Polizeibeamten zu übergeben. Es ist anzunehmen, daß der im Bahnhofsgebäude verschwundene Mann das Rad irgendwo gelassen hatte und sich auf dem Fischmarkt des Diebstahls entschuldig wollte. Es handelt sich um ein Damentaxi der Marke „Düssa“. Die Eigentümerin kann sich bei der hiesigen Kriminalpolizei melden.

Misch' Deinen Bohnenkaffee mit Kathreiner. Das ist gesünder — und das kostet (erfreulicherweise!) weniger als die Hälfte...

Die Passion Roman von Clara Viebig

44. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„Märchen, Märchen!“ So wie ein Märchen? Was würde sie aber jetzt erst sagen! Eva überdachte den nächsten Abend entgegen. Sie fühlte einen gewissen Stolz — so viel durchgemacht und doch noch am Leben! Und immer noch bereit, sich durchzukämpfen. So wie würde kommen, und weinen würde sie über ihre arme Eva, so wie damals Benjamin gemeint hatte — nein noch weit mehr, denn Sofie würde besser, was Lingard heißt, und erst Sofie würde sie auch alles. Alles — auch das Schlimmste von allem! Das aber zuerst. Und dann, o dann würde das Mitleid sich übermächtig, sie würde in Schladings ausbrechen, ihre arme Eva küssen. Aber sie, die tapferere Eva, würde dann sprechen: „Du brauchst nicht zu weinen, es ist ja nun mehr bloß halb noch so schlimm. Sieh, ich kann wieder froh sein, ich bin ja bei dir. Ich habe eine Heimat gefunden und eine Schwester. Wir tragen miteinander, denn bei dir ist mein Leib, mein Leib ist dein Leib.“

Und Eva erzählte am diesen Abend, wie sie von der toten Beisch wegkam und dann zu Frau Doktor Bayer. Und dann erzählte sie weiter und weiter. Und dann von ihrer Krankheit zuerst.

„Daß den Portier mal heraufkommen“, sagte Sofie zu ihrem Vater. Sie sah ganz zusammengesunken in ihrem Sesselchen, ihr Gesicht erschien heute noch blutleiser, noch gelber, ihre Augen waren noch unweicher. „Daß das Bett in die kleine Stube drücken am Korridor bringen. Ich will mein Zimmer für mich haben.“

„Aber“, sagte Herr Rätzke einzuwenden, „wenn du nun nächstes eine Hilfe brauchst.“

„Daß brauche keine. Wenn ich sie haben will, werde ich künzigen. Das hört sie da auch.“ Die Stimme der Budigen hatte den Ton, den der Vater schon geglaubt hatte nicht mehr hören zu müssen. Was war denn nur los, hatte Sofies sich über etwas geärgert, oder war die Vorleser für das Mädchen schon wieder vorbei?

„Was war aufs höchste von dieser Anordnung überbracht. Sie wollte dagegen sprechen, aber die kleine Bernadette sagte so energisch: „Es ist mir lieber so, daß es ihr die Sprache verschluckt. Warum sollte Sofie das?“ So konnte es sich gar nicht erklären. Sofie würde doch wohl nicht denken, daß das gute Wasser und Scherzen ihr die Nachtstunde nütze? Oh, die gute Sofie konnte ruhig sein,

die sich jetzt so tief, so friedvoll, das hörte sie nicht. Und wenn es sie auch geliebt hätte, was war das bei ihr. Sie war doch dazu da, um Soße zu bedienen, ihr die stehenden Rissen anders zu legen, sie höher zu betten, wenn ihr das Almen gar zu erschwert war. Eva war froh, daß sie in der Charité so vieles gelernt hatte, manchen Kunstgriff sich abgeben, nie hätte sie es sonst wohl fertig gebracht mit ihren schwachen Kräften, ganz allein Soße zu betten, sie sogar zu tragen.

„Du künzest doch ganz gewiß“, bat sie, als sie am Abend Soße zu Bett gebracht hatte, „verprieß es mir. Soße trau ich mich nicht zu kochen. Aufse nur, ich höre dann gleich, meine Tür lasse ich offen.“

Sofie nickte ja. Aber als Eva sich dann über sie beugte, ihr den Gute-Nachtstuch geben wollte, wendete sie den Kopf weg, drückte ihr Gesicht gegen das Kissen.

Sofie mußte sehr müde sein. Sonst hatte sie es gern gehabt, wenn Eva noch ein wenig bei ihr blieb, auf ihrem Bettrand lag. Heute sagte sie ruhig aus dem Kissen heraus: „Gute Nacht.“ Es lang kurz und verstimmt.

Was war eigentlich? Hatte Sofie etwas gegen sie? Eva war plötzlich erschrocken. Was für eine Verstimmt war es gewesen, daß sie ihr Gesicht verziekte? Sie konnte die ganze Nacht deswegen nicht schlafen. Sofie mußte doch auf sie sein — oder warum, warum? Sie jermarrerte ihren Kopf. Das war das erstemal, so lange sie hier war, daß sie sich ernstlich kränkte über Sofie.

Warum künzete die nicht, warum rief die auch nicht nach ihr, wie sonst oft des Nachts? Eva lag aufrecht in ihrem Bett in dem kleinen Zimmer jenseits des Korridors. Es war ihr eine fremde Umgebung. Die Tür hatte sie ganz offen, es wurde ihr kalt, aber die Hände ja offen bleiben, sie konnte ihrem Gebot nicht trauen. Mehmals handte sie auf, schloß hinterher und tauchte an Sofies Zimmer. Sofie mußte rasche und künzerte es, das hörte sie, aber sie hörte keine Stimme, die nach ihr rief. Und hineinzufragen traute sie sich nicht. Sofie war sehr merkwürdig gewesen.

Und so blieb es. Eva meinte heimlich. Sie meinte auch vor Sofie. „Bist du unzufrieden mit mir? Ich tue doch alles gern, wie du es willst. Sage mir doch, was du gegen mich hast!“ Aber so sehr sie auch drängte, sie bekam keine Antwort.

Die Budige war ganz unzufrieden; ihre ständige Stimmung übertrieb sie nicht wie sonst in Verstimmt über in unzufrieden Ausdrücken. Sie war jetzt meist still, aber eine unheimlich erniedrigte Verstimmt zeigte von einer inneren Widerstandskraft. Eva unzufrieden machte. Sofie war unzufrieden, Sofie war innerlich mit etwas so beschäftigt, daß sie kein beruhigendes Wort mehr finden konnte

für ihre Eva und auch kein beruhigendes Gefühl mehr. Es war plöglich eine Entbindung eingetreten, eine Kühle von Sofies Seite, die unheimlich war. War es nur eine neue Name? Würde die Stimmung je wieder besser werden?

Es schen Eva so, als müße sich Sofie, ihre Dienste so wenig wie möglich in Anspruch zu nehmen. Wenn sie ihr zu nahe kam, wußte die zurück. Ihre Hände zitterten, wenn sie etwas aus Evas Hand nahm, ihre Augen befeuchten dann einen verängstigten Blick. Scheute sie sich vor der Pflege?

„Geduld hat Eva das auf. Und es war ihr, als schäme ihr ein Schamner gegen die Eltern: „Auch auf, merkt du es denn noch nicht?“ Und sie machte auf, wachte auf so voller Sammer, daß es laut in ihr schrie: „Die angestigt ich vor mir!“ (Stell dich vor mich! Fürchte mich keine Kräntheit.“ Oh, hätte sie doch niemals dem heißen Wunsch, der großen Sehnsucht nachgegeben, sich einmal ganz auszusprechen, sich rüchellos zu offenbaren! So sehr sie auf ein schmerzliches Zusammenleben gebaut! Es gab kein Zusammenkommen mehr, aber viel weniger noch ein Zusammenleben. Mit einem unendlichen Gefühl sich Eva sich fern zurück! Sie hatte geküßt, geküßt, auf eine Schwester geküßt, diese geküßt, nun war da doch eine Kraft, die unüberwindlich, jene von ihr trennte.

Eva hatte vertrauensvoll Sofies stilliges Verhalten noch ihrem Bekanntennis als größte Erfreulichkeit ausgedeutet, aber es war ganz anderes gewesen, was jene abspiegt, sie liebedoll an sich zu ziehen, sie mit ihr weinend, zu küssen. Das frühesten Budel angestigt sich und angestigt sich mit jedem Tag mehr. Sie las jedes zweiseitige Blätter, sie mußte von dieser Kräntheit — schrecklich, um Gottes willen, nur nicht mit ihr in Berührung kommen!“

Fürchten Sofie hatte Eva denn, doch nicht nie war jemand so geduldig mit ihr gewesen, hatte ihr die gleiche Pflege gezeigt, in ihrem meinte sie, sie mußte, sie würde jetzt noch unglücklicher sein als zuvor, aber nein, Eva noch länger behaupten? Nein!

Eva kam dem zuvorn. Während die kleine Budige noch zwischen Zuneigung und Abneigung schwankte, bin und her gesperrt wurde von der Angst vor der nun wiederkehrenden liebeslosen Vera anderer Pflegerinnen und vor der Angst vor Eva, die in Worterzählung eingebüßt, überlegte, wie sie es fertig bringen konnte, Eva einigermaßen schonend zu empfangen, hatte diese bereits gekündigt. Sie sagte Herrn Rätzke: „Ich gebe dich auf.“

Herr Rätzke war außer sich, er wollte die Kündigung nicht annehmen. Sie bleiben bei uns, ich lasse Sie nicht gehen!“

„Eva blieb still. „Ich gebe.“ Sie gab keinen Grund an. „Und was sagst du Sofie, das meine arme Tochter?“

„Ich tue ihr nur einen Gefallen.“

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Wernigerode, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Abstellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Werten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Post-Bezirk, G. m. u. H. Rembrandtstr. für Politik u. Wirtschaft; Kurtze Wollentur, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Wetters u. Lokales; Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezettel 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Nachnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2315). Postfachstelle Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 46

Dienstag, den 4. Februar 1931

6. Jahrgang

Der schwarze Tod.

Die Eschweiler Grubenkatastrophe vor dem Landtage. — Die Sozialdemokratie fordert Aufklärung.

Berlin, 23. Februar. (Eig. Ber.)

Im preussischen Landtag, der am Montag wieder zusammentrat, widmete zunächst Präsident Bartels den Opfern der furchtbaren Grubenkatastrophe auf Eschweiler-Reserve bei Wachen an Radrup. Er sprach den Hinterbliebenen das tiefste Beileid des Landtages aus und knüpfte daran die Erwartung, daß die Ursache des Unglücks festgestellt wird, um künftig durch vorzüglichen Schutz die Bergarbeiterschaft vor solchen Unglücksfällen zu bewahren.

Handelsminister Dr. Schreiber

Schloß sich sofort dieser Beileidserklärung des Präsidenten an. Die letzte Katastrophe beweise, wie weit man von dem Ziele eines sicheren Bergarbeiter-schutzes noch entfernt ist. Selbstverständlich werde die Regierung alles tun, um den Verletzten und Hinterbliebenen zu helfen. Nach den bisherigen amtlichen Ermittlungen sind 32 Bergleute getötet worden. Man hat verfehlt, darunter zwei Köhler. Die eigentliche Explosionsursache konnte noch nicht festgestellt werden. Vermutlich ist sie durch Sprengstoffe entstanden und durch Kohlenstaub fortgepflanzt worden. Den Rettungsleuten sprach der Minister den Dank der Regierung aus.

Für die sozialdemokratische Fraktion

brachte Abg. Otter-Bodum eine große Anfrage ein, die nach der Ursache des Unglücks fragt, die die Regierung weiter darüber interpelliert, was sie zur Abwendung solcher Katastrophen zu tun gedankt und ob sie bereit ist, eine Hilfsaktion für die Betroffenen in die Wege zu leiten.

Hierauf entwickelten die Kommunisten eine wilde Geschäftsordnungsdebatte. Zunächst beantragten sie Ablegung der auf der Tagesordnung stehenden 2. Sitzung des Bergesetz und sofortige Besprechung der Ministererklärung. Als beschloßen wurde, diese Erklärung mit der Geschäftsdebatte zu verbinden, beantragten sie Verschiebung der Redezeit, die der Minister auf 1 1/2 Stunden festsetzte. Da sich alle Parteien einig waren, angefaßt der Grubenkatastrophe die Redezeit zu verlängern, wurde sie durch Beschluß des Reichstages auf 1 1/2 Stunden festgesetzt.

Handelsminister Dr. Schreiber

meist hierauf die von dem Abg. Sobotta (Komm.) gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück, daß er wiederholten Besuchen über die Zustände auf der Unglücksgrube nicht nachgegangen sei. Es sei aber festgestellt worden, daß dort zwei Kommunisten Sprengstoffdepotierhähle verübt haben und dafür bestraft worden sind. Selbstverständlich werde eine gründliche Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe erfolgen. Leider habe die Hoffung über die Ursachen der Katastrophe vorläufig vorläufig gestillt. Damit habe die Bergarbeiterfrage vor neuen Problemen. Unter Zustimmung der Wissenschaft werde jedoch nichts unversucht gelassen, gefährliche Gasausbrüche rechtzeitig zu erkennen. Ereignisberichte sei aber trotzdem ein Rückgang der Unfälle in dem Bergbau festzustellen.

Der Minister erörterte dann die

Wirtschaftslage im Bergbau.

Die Weltkrise hat sich auch auf die Kohlenförderung mengenmäßig ungünstig ausgewirkt. Der Absatzrückgang führte zu zahlreichen Entlassungen und zur Einlegung vieler Zeigerfächer. Eine weitere Arbeitsverdrängung könne kaum noch in Frage kommen. Einerseits sei dabei die noch immer sehr große Einfuhrquote von 6,9 Millionen Tonnen Kohle, die das

nationalen Selbstbewußtsein der Industrie in fonderbarem Lichte zeigt. Ganz besonders habe der niederschlägliche Bergbau zu leiden, auf den die Staatsverwaltung ihr besonderes Augenmerk richtet. Ebenso ist der Metallbergbau durch die sinkenden Metallpreise in große Schwierigkeiten gekommen. Hier mit Subventionen zu helfen, sei jedoch für den Staat leichter zu tragen, als die großen Opfer einer gänzlichen Stilllegung auf sich zu nehmen. Dagegen zeigt die Erdölproduktion unter Beteiligung des Staates eine ständige Aufwärtsentwicklung. Der Minister schloß: „Unmöglich ist es der Ansicht, daß die Krise ihren Heftigen Punkt erreicht hat und daß es in diesem Jahre wieder aufwärts geht.“

Abg. Jakobs-Bladbeck (Soz.)

wandte sich als erster Debattierender sehr scharf gegen die Raubbaumeisenden des Grubenkapitals. Er wies darauf hin, daß die jüngste Katastrophe bei dem Eschweiler-Konzern sich nach dem größten Unglück von Wilsdorf, das zu hundert Unternehmen großen Schaden brachte, wieder ereignet habe, weil die Zechenverwaltung trotz der schärfsten Kritik noch immer an dem berüchtigten Unternehmergeist festhält. Ganz ähnlich liegen die Dinge im Ruhrgebiet. Sollte man an diesem System fest, müsse es auch dort zu Katastrophen kommen.

Rationalisierung, Technisierung und Arbeiterlohn

sind die Faktoren, die immer wieder Opfer an Menschenleben fordern. Seit 1924 sind 100.000 Bergarbeiter entlassen, davon im letzten Jahr allein 50.000. Dafür hat man 20.000 junge Menschen aus dem Osten eingeworben, die ohne die Erfahrung der alten Bergarbeiter die Grubenoberfläche gefährden müssen.



Nach der Katastrophe: Vor dem Schächteingang der Unglücksgrube.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die schwierige Lage der Knappschaftsversicherung

ein, die zusammenbrechen muß, wenn nicht das Reich sühnd eingreift. Schließlich rednete er noch scharf mit Kommunisten und Nationalsozialisten ab, die mit ihrer angeblichen Arbeiterfreundlichkeit dem Unternehmenswert Zutun zu leisten.

Im weiteren Verlauf der Debatte wandte sich Abg. Dr. von Waldhausen (Dm.) gegen das Bestreben, durch einen Ausschuß die Rentabilität der Bergunternehmungen nachprüfen zu lassen, gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit und warnte endlich vor „politischen Löhnen“.

Ein Zentrumsredner setzte sich für eine internationale

Berhandlung über Kohlenpreis, Arbeitszeit und Abgabebiete ein, wobei er erklärte, daß die Lohnbaupflicht nicht länger zu tragen sei.

Die Aussprache wird am Dienstag 12 Uhr fortgesetzt. Präsident Bartels machte außerdem dem Hause davon Mitteilung, daß

Abg. Dr. Deereberg (Dm.) sein Mandat niedergelegt hat. Dr. Deereberg ist als der Treibenden seiner Fraktion zum Opfer gefallen, weil er aufrecht genug war, sich im Hauptauschuß mit aller Schärfe gegen das beschimpfende Pamphlet „gefesselte Luft“ zu wenden. Auch Abg. Kaack (Komm.) ist zurückgetreten. An seine Stelle tritt der frühere Abg. Stöckl wieder in den Landtag ein.

Anträge im Reichstag.

Berlin, 23. Februar. (Eig. Draht.)

Zu Beginn der Reichstags-Sitzung am Montag gedachte der Reichstagenpräsident Kauf-Höhe der Opfer des

Wahlrechts für deutsche baumwollene Strumpfwaren durchgehend. Auf der anderen Seite gibt das Abkommen der deutschen Regierung das Recht, die Zölle für Hopfen, Braupflanzen, Getreide, Getreide und andere Willerzeugnisse zu erhöhen. Die französische Regierung hat ferner für Kirschkaffee und andere insbesondere für die südafrikanischen Brennereien, von denen kein wird. Der Kommunist Harnle schloß das Abkommen überhaupt nicht gelten zu lassen. Er sprach nämlich nicht zu dem Tagesordnungsgegenstand, sondern hielt eine allgemeine Rede gegen die Zollpolitik und endete damit, daß die ganze Zollpolitik auf einen bewaffneten Krieg gegen Sowjet-Rußland hinauslaufe.

Frau Abg. Toni Sender (Soz.)

äußerte für die Sozialdemokratie, daß das Zulassabkommen eine Verschlechterung für einen Teil der süddeutschen Textilindustrie bringe. So unvollkommen das Abkommen sei, so müsse doch gesagt werden, daß überhaupt kein Handelsvertrag zustande gekommen wäre, wenn man auf die Hilfe der Kommunisten gewartet hätte. Folgt man der negativen Handelspolitik der Kommunisten, so hätten wir in Deutschland noch 3 Millionen Erwerbslose mehr. Es sei Unfug, jeden Handelsvertrag zu verdammen, denn manche dieser Verträge brächten auch Zollherabsetzungen. Noch einmal behauptete der Kommunist Hoernle unter Berufung auf Karl Marx, daß Handelsverträge nur dem Zollwucher dienen. Toni Sender antwortete ihm, wenn das wahr wäre, sei nicht zu verstehen, warum auch die russische Regierung durch Abschluß von Handelsverträgen sich an diesen Zollwucher beteilige. Hätte Karl Marx solche kommunistische Rede erlebt, so würde er darauf geantwortet haben: „Du gleichst dem Geiß, den du begreiffst, nicht mir.“ Das Zulassabkommen wurde zur weiteren Beratung dem Ausschuß überwiefen.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes zum

Ausbau der Angestellten-Versicherung.

Der Entwurf bringt eine Realisierung der Selbstverwaltung und das direkte Wahlrecht für den Verwaltungsrat, eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Ein Fortschritt ist auch, daß schuldlos gebliebene Frauen in Zukunft die Witwenrente erhalten und die Elternrente eingeführt wird. Dagegen steht ganz eine Erhöhung der Renten. Der Gesetzentwurf ging an den Sozialpolitischen Ausschuß.

Die Ernährungsfragen.

Der sozialdemokratische Abg. Schmidt-Spernig erläuterte dann ausführlich Bericht über die Haushaltsberatungen des Reichs-



entmittelte sich eine längere Aussprache. In den langwierigen Beratungen zwischen beiden Regierungen hat Frankreich eine Er-